

Ergebnisprotokoll

**über die 16. Sitzung
des Beirates von und für Menschen mit Behinderung
des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
(3. Wahlperiode des Beirats)
am Montag, dem 17. November 2014**

Anwesende: Frau Brendler, Frau Ledwig, Frau Stenger, Frau Trzecinski, Herr Kneisel, Herr Feilke, Herr Jacobi, Herr Bäse, Frau Brück, Herr Naumann, Herr Friedrich, Frau Hansen, Herr Süß, Herr Kaas Elias, Frau Behrendt, Herr Schimek, Frau Hergli, Frau Juppe-Ziervogel

Gäste: Frau Cieschinger, Frau Graw, Frau Cittadini, Herr Voigt, Frau Niesporek, Herr Weber

Ort: Rathaus Charlottenburg, Lily-Braun-Saal,
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

TOP 1: Begrüßung

Herr Friedrich begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass Herr Naumann aufgrund einer Terminüberschneidung etwas später eintreffen wird und hierfür um Verständnis bittet.

Herr Friedrich beglückwünscht Herrn Feilke, auch im Namen des Vorsitzenden, zur Vergabe der Bürgermedaille.

Zur Tagesordnung werden keine Änderungswünsche angeregt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Zukunft der Mobilitätshilfeangebote im Bezirk

Zur Diskussion dieses Themas begrüßt Herr Friedrich Frau Graw (VdK, Mobilitätshilfedienst), Frau Niesporek (Nutzerin des Dienstes), Herrn Weber (Mitarbeiter des Dienstes), Frau Cittadini (Sozialamt C-W) und Herrn Voigt (Jobcenter C-W).

Herr Friedrich berichtet einleitend, dass die Finanzierung von Mobilitätshilfeangeboten grundsätzlich über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie die so genannte Bürgerarbeit, AGH, FAV etc. erfolge. Diese Finanzierungspraxis stelle sich aus seiner Sicht äußerst unbefriedigend dar, da diese Maßnahmen nur für begrenzte Zeit gefördert werden und nach Ablauf der Förderung die meisten Dienste einfach wegfallen bzw. dies häufige Personalwechsel mit sich bringe. Dies habe in der Vergangenheit immer wieder zu einer Unsicherheit bezüglich der Sicherstellung von Angeboten geführt. Wenn hier keine Umsteuerung stattfände, würde sich diese unbefriedigende Situation auch in Zukunft fortsetzen und eine Verschlechterung der Versorgungslage wäre absehbar. In den letzten ca. drei Jahren konnte eine vergleichsweise stabile Versorgung sichergestellt werden. Nun jedoch seien, unter anderem aufgrund des Auslaufens der so genannten Bürgerarbeit, wieder einmal deutliche Verschlechterungen ab 2015 zu beklagen.

Frau Graw, die Leiterin des einzigen im Bezirk kontinuierlich tätigen senatsgeförderten Mobilitätshilfedienstes (im weiteren „Mhd“ genant) führt aus, dass hinsichtlich der weiteren Versorgung große Unsicherheit bestehe, da alle bestehenden Projekte der Mobilitätshilfedienste im Bezirk zum Jahresende auslaufen würden. Es sei darauf hinzuweisen, dass auch der Mhd des VdK nicht vollumfänglich vom Senat gefördert werde. Es handle sich lediglich um eine Art Grundförderung der Regiekräfte, die der VdK durch Projektstellen im Rahmen von arbeitsmarktpolitischen Programmen beim Jobcenter für die Helfer_innen ergänzen müsse. Trotz der Eile, die aufgrund der 2014 auslaufenden Stellenförderung geboten sei, liege dem VdK seitens des Jobcenters bislang noch keinerlei Rückmeldung zur künftigen Stellenförderung vor. Der Mhd des VdK habe in den vergangenen Jahren zwischen 400 und 500 Klienten jährlich versorgt, wobei jede_r Klient_in einen Anspruch auf 1,5 Stunden Begleitung pro Woche habe. Der Mhd des VdK könne angesichts der drastischen Versorgungsunsicherheit derzeit keine neuen Kund_innen mehr annehmen. Für seine Mobilitätshilfeangebote habe der Mhd des VdK in den letzten Jahren durchschnittlich über 50 Mitarbeiter_innen bzw. Stellen verfügen können, die auch in 2015 in diesem Umfang benötigt werden. Sie betont die jahrelange gute Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und erwähnt auch die Festanstellung von 6 Mitarbeiter_innen im Mhd aus Projekten in den letzten Jahren.

Frau Niesporek macht nachdrücklich deutlich, welchen hohen Stellenwert die Arbeit der Mhd's bei der Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben habe.

Herr Voigt legt dar, dass das Jobcenter grundsätzlich bestrebt sei, verschiedene Träger und unterschiedliche Mobilitätshilfeangebote zu fördern. Hauptaufgabe des Jobcenters sei jedoch die Integration von arbeitslosen Menschen in den ersten Arbeitsmarkt. Die Maßnahmen bei den Mhd's führten jedoch nur äußerst selten zu entsprechenden Festanstellungen. Auch seien aufgrund von Vorgaben des Gesetzgebers die Förderinstrumente für den so genannten zweiten Arbeitsmarkt deutlich zurückgefahren worden. Herr Voigt sagt dem Mhd des VdK für 2015 22

Stellen/Plätze im Rahmen von AGH-Maßnahmen zu. Die endgültige Förderung der FAV-Stellen stehe derzeit noch nicht fest, werde aber voraussichtlich in Kürze geklärt.

Frau Cittadini weist darauf hin, dass das Bezirksamt stets versucht, in Abstimmung mit dem Jobcenter alle gewünschten sozialen Projekte zu realisieren. Sie stellt aber auch klar, dass im Laufe des Jahres 2014 knapp 350 Bürgerarbeits-Plätze ausgelaufen seien, die ohne ein entsprechendes neues Programm nicht ersetzt werden könnten.

Herr Friedrich ergänzt, dass die Angebote der so genannten senatsgeförderten Mhd's „nur“ von Seniorinnen und Senioren genutzt werden könnten. Wenn neben dem Vdk kein weiterer Anbieter gefördert werde, so bestünde für jüngere Menschen – abgesehen vom landesweit tätigen Begleitservice des VBB - überhaupt kein im Bezirk nutzbares Angebot mehr. Auf die grundsätzlich problematische Praxis bei der Ausstattung der Mhd's habe der Bezirk seiner Ansicht nach nur wenig Einfluss. Denkbar wäre aus seiner Sicht eine Initiative des Bezirksamts über den Rat der Bürgermeister, um auf eine senatsseitige Umsteuerung mit dem Ziel einer kontinuierlichen Versorgung der Bevölkerung mit Mobilitätshilfeangeboten hinzuwirken.

Herr Naumann dankt den zu diesem Thema eingeladenen Gästen für ihre Teilnahme an der Sitzung und ihre informativen Beiträge.

TOP 4: Umwidmung der Witzlebenstraße und des Witzlebenplatzes (BVV-Drucksache Nr. 1023/4)

Auf Anregung des Ältestenrats der BVV wird dieser Antrag von PIRATEN und DIE LINKE im Beirat diskutiert.

Die anwesenden stimmberechtigten Beiratsmitglieder sprechen sich schließlich mehrheitlich für eine Befürwortung des Antrags aus (Abstimmungsergebnis: 7 FÜR-, 1 GEGEN-Stimme, 2 Enthaltungen).

Herr Friedrich wird das BV-Büro entsprechend informieren.

TOP 5: Aktueller Tätigkeitsbericht des Bezirksbehindertenbeauftragten

Herr Kaas Elias erkundigt sich, ob bzw. in wie weit sich die Beratungstätigkeit des Behindertenbeauftragten im Vergleich zum Vorjahr verändert habe und inwieweit er Probleme bei der personellen Situation im Bezirksamt sowie seiner Einbeziehung bei den Umzügen sehe. Hierauf erwidert Herr Friedrich, dass hinsichtlich der Qualität und Quantität von Anfragen keine maßgeblichen Änderungen zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen gewesen seien. In Bezug auf die personelle Situation weist er besonders auf die Notwendigkeit der rechtzeitigen Nachbesetzung von Stellen im Bereich Soziale Dienste hin, da hier in absehbarer Zeit mehrere Kolleg_innen in den Ruhestand gingen. Bei den Umzügen sei die Beteiligung des Behindertenbeauftragten nur sehr schleppend erfolgt. Herr Friedrich ergänzt, dass in den

Tätigkeitsberichten der kommenden Jahre zusätzlich der Umsetzungsstand der einzelnen Maßnahmen des Aktionsplans UN-BRK dokumentiert werde.

Herr Naumann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass er auf die im Aktionsplan verankerte, quartalsmäßige Besprechung des Umsetzungsstands im Bezirksamt großen Wert lege. Er bittet die BVV, den Umsetzungsprozess zu flankieren und berichtet des Weiteren, dass der Aktionsplan zur Information im Rat der Bürgermeister verteilt worden sei.

TOP 6: Verschiedenes

Herr Friedrich erklärt, das Thema Inklusion/die Belange von Menschen mit Behinderung würden - im Gegensatz zu „Gender Mainstreaming“ und Integration (in Bezug auf Migrant_innen) - in den Ausschuss-Bezeichnungen der BVV C-W nicht abgebildet. Um in dieser Hinsicht ein politisches Signal zu setzen, zugleich aber die bereits vorhandenen Strukturen zu nutzen und keine neuen Gremien zu institutionalisieren, schlägt er vor, die BVV zu ersuchen, den Begriff „Inklusion“ in den Titel des für Soziales zuständigen Ausschusses aufzunehmen (also z.B. „Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Inklusion“). Dieser „Inklusionsausschuss“ könnte dann z.B. ein- oder zweimal jährlich schwerpunktmäßig zum Stand der Umsetzung der UN-BRK im Bezirk oder zur Verankerung von „Disability Mainstreaming“ in der Bezirksverwaltung tagen. Der Inklusionsausschuss wäre nur für übergeordnete behindertenpolitische Themen zuständig, fachspezifische Fragestellungen wären weiterhin in den jeweiligen Ausschüssen zu erörtern. Die Zuordnung zum Bereich „Soziales“ sei zwar nicht ganz unproblematisch, da Inklusion ein Querschnittsthema sei und praktisch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffe. Die Einrichtung eines eigenen Ausschusses für die Belange von Menschen mit Behinderung halte er allerdings aus Gründen der zur Verfügung stehenden zeitlichen Ressourcen nicht für praktikabel.

Frau Hansen weist darauf hin, dass der Sozialausschuss inhaltlich bereits recht ausgelastet sei und bittet Herrn Friedrich, sich mit seiner Anregung zunächst schriftlich an den Ältestenrat zu wenden.

Die nächste Sitzung findet statt am 16. Februar 2015,

Herr Naumann bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:30 Uhr.

Naumann
(Vorsitzender)

Friedrich
(Protokollant)